



Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V07585 Serviceoffensive Ausländerbehörde
Beschlussvorlage für den Kreisverwaltungsausschuss am 29.11.2022
Öffentliche Sitzung

I. An das Kreisverwaltungsreferat

Die Stadtkämmerei stimmt der o.a. Beschlussvorlage nicht zu.

Mit dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 27.07.2022 „Haushaltsplan 2023 Eckdatenbeschluss“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06456) wurde gemäß Antragspunkt 2 festgelegt, dass die in der Anlage 3 zum Eckdatenbeschluss als anerkannt gekennzeichneten Beschlüsse eingebracht werden sollen.

Mit dem gleichen Beschluss vom 27.07.2022 wurde gemäß Antragspunkt 3 festgelegt, dass für den Haushalt 2023 keine weiteren Ausweitungen durch Finanzierungsbeschlüsse ohne vollständige Kompensation bzw. Refinanzierung zugelassen werden.

Die in der vorliegenden Beschlussvorlage dargestellten Positionen sind als Nrn. 18, 19 und 20 beim Kreisverwaltungsreferat Teil der Anlage 3 und als nicht anerkannt aufgeführt, auch wenn dies nicht explizit in der Beschlussvorlage erwähnt ist.

Das Personal- und Organisationsreferat sieht keine Grundlage für eine Zustimmung zu den geforderten Mehrungen bei den Personalmitteln.

Eine Zustimmung der Stadtkämmerei zu den geltend gemachten dauerhaften und einmaligen Mehrbedarfen kann daher nur erfolgen, wenn das Kreisverwaltungsreferat eine Kompensation der geforderten Ausweitungen durch Kürzung anderer Positionen des Referatsbudgets vornimmt.

Es wird gebeten, diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen), das Büro des Oberbürgermeisters sowie das Personal- und Organisationsreferat und das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.